

# «Einstieg in den Ausstieg»

Ein Rückblick auf die Atomenergiepolitik der SP Schweiz von den 1950er Jahren bis Tschernobyl

Im Oktober 1957 hielt die SP Schweiz anlässlich des Parteitags fest, dass «mit der Entdeckung und Verwertung der Atomenergie eine neue Epoche der wirtschaftlichen Entwicklung herangebrochen» sei.<sup>1</sup> 20 Jahre später, am Parteitag

---

## Leyla Gül

---

vom Oktober 1976, forderte sie in einer Resolution den «unverzüglichen, befristeten Stopp im Atomkraftwerkbau».<sup>2</sup> Innerhalb von zwei Jahrzehnten hatte die SP Schweiz eine Kehrtwende vollzogen: von der Befürworterin der Atomenergie zu deren Gegnerin.

### Das Leitbild des Atomzeitalters

Wie in anderen Ländern auch, wurde die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz zunächst in weiten Kreisen begrüsst. Angesichts des sprunghaften Wirtschaftswachstums in der Nachkriegszeit wurde die Energie als «Rückgrat der materiellen Produktion»<sup>3</sup> und als Grundlage des sozialen Wohlstandes betrachtet. 1957 empfahl der Bundesrat erstmals offiziell den Bau von Atomkraftwerken, mit der Begründung, dass «die bisher bekannten Energiequellen, die Kohle, das Erdöl und das Erdgas» die steigende Nachfrage immer weniger deckten und

auch die «Erschliessung neuer Wasserkräfte früher oder später auf die durch Ökonomie und Technik gebotene Grenze stossen» werde.<sup>4</sup>

Die Zustimmung zur Atomenergie stützte sich auf einen breiten Konsens ab. Im Hinblick auf ihre zukünftige Segnungen schmolzen Gegensätze dahin: Progressive und Konservative, Technikbegeisterte und Naturschützer – alle setzten grosse Hoffnungen in die neue Technik. «Das «Atom» und mit ihm die Verheissung eines neuen Zeitalters», schreibt der Historiker Jakob Tanner, «fungierte als Kristallisationskern für einen neuen gesellschaftsübergreifenden Fortschrittsglauben im Zeichen ewigen Überflusses.»<sup>5</sup> Paradoxe Weise stand die Elektrizitätswirtschaft der neuen Technologie anfangs skeptisch gegenüber. Aufgrund des politischen Drucks und der Verteuerung der Erstellungskosten für Wasserkraftwerke vollzog sie Anfang der 60er Jahre jedoch eine Kehrtwende. 1964 kündigten die Berner und Nordostschweizer Kraftwerke den Kauf amerikanischer Atomreaktoren an. In der Folge verging kaum ein Jahr, in dem der Öffentlichkeit nicht neue AKW-Projekte bekannt gegeben wurde: In den 60er und Anfang der 70er Jahren plante die Schweizer Energiewirtschaft den Bau von zwölf Atomkraftwerken in Beznau, Mühleberg, Kaiseraugst, Leib-

<sup>1</sup> Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitag der SP Schweiz vom 12./13.10.1957.

<sup>2</sup> Resolution am Parteitag der SP Schweiz vom 30./31.10.1976.

<sup>3</sup> Christian Pfister, Das 1950er Syndrom, S. 54.

<sup>4</sup> Zit. in: Heribert Rausch, Schweizerisches Atomenergierecht, S. 6.

<sup>5</sup> Jakob Tanner, Die Schweiz in den 1950er Jahren, S. 41.

stadt, Verbois, Rüthi, Graben, Gösgen, Rheinklingen und Inwil.

**So breit die  
Zustimmung  
zur Atomenergie  
war, sie hielt  
nicht lange an.**

Angesichts der engen Verzahnung von sozialem Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum auf der Basis einer sicheren Energieversorgung befürwortete auch die Sozialdemokratische Partei den Bau von Atomkraftwerken als richtigen Schritt in die Zukunft. Die Debatte über den Atomenergieartikel am Parteitag der SP Schweiz von 1957 erhitze keine Gemüter. Während der spätere Bundesrat Willy Spühler feststellte, dass mit den herkömmlichen Energieträgern der «unablässig stark steigende Energiebedarf nicht für alle Zeiten» gedeckt werden könne, ergänzte ihn der Berner Nationalrat Fritz Giovanoli mit dem knappen Votum: «Ohne die Erzeugung von Atomenergie würde unser Volk bald seinen Lebensstandard senken müssen.» Die Voten waren unbestritten: Der Parteitag stimmte der Verfassungsvorlage über die Atomenergie ohne Gegenstimme zu.<sup>6</sup>

### **Die Wende der 70er Jahre**

So breit die Zustimmung zur Atomenergie war, sie hielt nicht lange an. Bereits 1969 manifestierten sich erste Widerstände. Eigenartigerweise trug der offiziell bezeichnete «Zwischenfall» in Lucens am wenigsten dazu bei.<sup>7</sup> Vielmehr vollzog sich Politisierung der AKW-Frage unter kontroversen Vorzeichen im Bereich des Gewässerschutzes. Die in den 60er Jahren projektierten Atomkraftwerke sahen vor, die Kraftwerke mit Flusswasser zu kühlen. 1966 übertrug der Bund einer Kommission die Aufgabe, die Auswirkungen dieser künstlichen Temperaturerhöhung zu untersuchen. Ihr Bericht erschien im März 1969. Aus

Gründen des Gewässerschutzes, folgerten daraus die Bundesbehörden, ergäben sich «gewisse einschränkende Bedingungen für den Betrieb der Atomkraftwerke.» Diese Feststellung, gekoppelt mit der seit 1966 bekannten Projektierung eines Atomkraftwerkes im aargauischen Kaiseraugst, aber rheinaufwärts vor den Toren Basels gelegen, rief die Regierungen von Baselland und Baselstadt auf den Plan. Im Mai 1969 wurden sie beim Bund vorstellig und verlangten, vom Bau weiterer Atomkraftwerke am Rhein solange abzusehen, bis die Beeinträchtigung des Wärmehaushaltes der Flüsse durch die geplanten Kühlsysteme genauer abgeklärt sei. Des Weitern beanstandeten sie die Art des Verfahrens. Die «unterliegenden Kantone» seien «in krasser Art und Weise» übergangen worden: Weder habe man sie über das Gesamtkonzept informiert, noch hätten sie Gelegenheit gehabt, ihre Bedenken vorzubringen.<sup>8</sup>

Die politische Debatte war lanciert. 1969 wurde der bis dahin nahezu unbestrittene Bau von Atomkraftwerken innerhalb weniger Monate zum nationalen Politikum. 1971 setzte der Bundesrat den Auseinandersetzungen um den Gewässerschutz ein Ende, indem er die Flusswasserkühlung für alle noch nicht im Bau befindlichen Atomkraftwerke verbot. Damit gelang es ihm allerdings nicht, die Widerstände zu brechen. Im Gegenteil. Das neue AKW-Projekt in Kaiseraugst sah den Bau von zwei 115 Meter hohen Kühltürmen vor und löste eine regelrechte Protestlawine aus. Das Bewilligungsprozedere kam ins Stocken und schuf ein Zeitfenster für meinungsbildende Diskussionen, in dessen Rahmen sich nun auch andere Kritiken manifestierten. Das Problem der radioaktiven Abfälle wurde ebenso aufgeworfen wie die Frage nach den Auswirkungen eines Reaktorunfalles oder der Abgabe radioaktiver Strahlung bei Normalbetrieb.

<sup>6</sup> Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitages der SP Schweiz vom 12./13.10.1957.

<sup>7</sup> Beim «Zwischenfall» in Lucens handelte es sich um einen nuklearen Unfall, der das Schicksal des Versuchsreaktors endgültig besiegelte.

<sup>8</sup> Zit. in: Kupper, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, S. 118.

Der Akzeptanzverlust, den die Atomenergie in den folgenden Jahren erfuhr, kann indes nicht allein auf Gewässerschutz, fehlende Mitsprache oder Kühltürme zurückgeführt werden. Vielmehr wurzelt er in einer tiefgreifenden Orientierungskrise, die die Schweiz in den 70er Jahren erfasste; in einer grundlegenden Umorientierung der Gesellschaft gegenüber Wachstum und Umwelt, in deren Verlauf auch die Haltung zur Atomenergie neu definiert wurde. Die entscheidenden Anstöße für die «1970er-Diagnose», wie sie der Umwelthistoriker Patrick Kupper bezeichnet, kamen aus den neuen Wissenschaften der Ökologie und Kybernetik. Die Welt wurde nunmehr aus der Perspektive von komplexen Öko-Systemen betrachtet, in denen biologische Gleichgewichte und natürliche Kreisläufe herrschten. Die Erkenntnisse der neuen Wissenschaft lieferte Wachstumskritikern und Umweltschützerinnen wichtige Impulse für die Mobilisierung: In Meinungsumfragen der 70er Jahre wurde der Umweltschutz durchwegs als das dringlichste Gegenwartsproblem bezeichnet.

Eine Signalwirkung für Politik und Öffentlichkeit hatte die Besetzung des AKW-Baugeländes in Kaiseraugst im April 1975. Die Besetzung wurde für die Anti-AKW-Bewegung zur Ikone, zum Inbegriff des erfolgreichen ausserinstitutionellen Widerstandes. Der starke Rückhalt, den die Besetzerinnen und Besetzer in der Region, aber auch auf nationaler Ebene fanden, machte klar, dass es sich bei den Aktivisten nicht um eine marginale Gruppierung handelte, sondern um eine von breiten Bevölkerungsschichten getragene Bewegung.

### **Denkpause im Atomenergieprogramm**

Der beginnende Umweltdiskurs und die Besetzung in Kaiseraugst lieferten für die

SP Schweiz die entscheidenden Impulse, sich mit der Problematik auseinander zu setzen. Bereits Anfang der 70er Jahre manifestierte sich in den Parteigremien ein gewisses Unbehagen gegenüber «gewinnorientierten Wachstumsstrategien», die den «elementaren Lebensraum» bedrohten.<sup>9</sup> Konkretisiert wurde die Wachstumskritik im Bereich der Energiepolitik allerdings von der Basis. Am Parteitag vom Mai 1974 forderten diverse Sektionen – allen voran die SP Baselland – ein grundsätzliches Umdenken in der Energiepolitik: sie verlangten einerseits die demokratischere Kontrolle der Energiewirtschaft, andererseits ein umfassendes und zukunftsweisendes Konzept zur Energiepolitik. Auf die zunehmende Verschärfung des Diskurses in der Folge von Kaiseraugst reagierte die Partei mit der Forderung nach einer Denkpause: «Die SPS verlangt einen unverzüglichen befristeten Stopp im Atomkraftwerkbau, damit alle mit der Energiebeschaffung zusammenhängenden Fragen gründlich geprüft und die Ergebnisse in einer umfassenden Gesamtenergiekonzeption vorlegt werden können.»<sup>10</sup>

Die entscheidende Debatte zur (Atom-)Energiepolitik führte die SP Schweiz am Parteitag vom Mai 1978 in einer «harten Diskussion» um das vorgelegte «Konzept für eine neue Energiepolitik».<sup>11</sup> Die Eckpfeiler des Konzepts – eine risikofreie, demokratische, umweltfreundliche, sichere, aber nicht künstlich stimulierte Energieproduktion – sollte durch ein Paket von Massnahmen erreicht werden: Durch einen sparsamen Umgang der Energie und die Verbesserung der Nutzungstechnik, durch die Förderung inländischer, regenerierbarer Energiequellen und durch neue gesetzliche Grundlagen. In Bezug auf die Atomenergie bekräftigte die SPS ihre

**Die Besetzung des  
AKW-Baugeländes  
in Kaiseraugst  
1975 wurde zum  
Inbegriff des  
erfolgreichen ausserinstitutionellen  
Widerstands.**

<sup>9</sup> Protokoll über die Verhandlungen des ausserordentlichen Parteitags der SP Schweiz vom 15.5.1971.

<sup>10</sup> Resolution am Parteitag der SP Schweiz vom 30./31.10.1976.

<sup>11</sup> Geschäftsbericht der SP Schweiz 1978/1979.

**Während viele  
SP-Mitglieder zu  
federführenden  
Anti-AKW-Akti-  
visten gehörten,  
traten SP-Reprä-  
sentanten für die  
Atomenergie ein.**

ablehnende Haltung, liess sich jedoch ein Hintertürchen offen. Nationalrat Kurt Reiniger brachte die Haltung der Partei wie folgt auf den Punkt: «Das Konzept zeigt auf, dass der Bau weiterer Kernkraftwerke aus unserer Sicht nicht mehr notwendig und demzufolge auch nicht zu empfehlen ist. Sollte es sich allerdings zwingend ergeben, dass die echten Energiebedürfnisse der Bevölkerung, deren Wohl für uns an erster Stelle steht, nicht anders zu befriedigen sind, wird ein auf das absolut Notwendige beschränkter Weiterausbau des Kernenergiepotentials toleriert.» Allerdings mussten dafür zwei Bedingungen erfüllt sein: die Entsorgung der atomaren Abfälle und die Mitsprache der betroffenen Bevölkerung.<sup>12</sup>

Auf dem Seziertisch der 1970er-Diagnose hatte sich das vormals technische Problem Atomkraftwerk in ein ökologisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem verwandelt, kurz in eines, das die ganze Gesellschaft betraf. Dieses Umdenken erfasste in den 70er Jahren insbesondere auch die Sozialdemokratie. Mit der Entstehung von neuen sozialen Bewegungen wurde sie mit neuen Themen, neuen Fragen konfrontiert. Trotz Verständigungsschwierigkeiten innerhalb der Partei, trotz der Probleme, die unterschiedlichen Ansichten zu vereinen, zeigt ein Blick in die Aktionsprogramme, dass sich die SP in den 70er und 80er Jahren erheblich enttraditionalisierte. Sie wechselte ihre «Räder am fahrenden Zuge»<sup>13</sup> und wandelte sich von einer wachstumsorientierten, auf den materiellen Wohlstand der Arbeiterschaft bedachten Partei zu einer wachstumskritischen. Geradezu beispielhaft verlief der Wertewandel im Bereich der Atomenergie. Während die SP Schweiz noch Ende der 60er Jahren Atomstrom als Faktor des Fortschritts und Wohlstandes diskussionslos befür-

<sup>12</sup> Kurt Reiniger, Das Energiekonzept der SPS, Einführungsreferat am Parteitag vom 19.-21.5.1978.

<sup>13</sup> Rudolf Strahm, Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zuge, 1986.

wortet hatte, lautete ihre Forderung nun: «Bei der Energieversorgung müssen wir ohne neue Atomkraftwerke auskommen.»<sup>14</sup>

Die Entwicklung von einer wachstumsorientierten zu einer ökologisch geprägten Partei verlief jedoch alles andere als geradlinig und schmerzlos. Während viele SP-Mitglieder zu federführenden Anti-AKW-Aktivisten gehörten, traten gleichzeitig Repräsentanten der SP für die Nutzung der Atomenergie ein. Die gewichtigste Figur war zweifellos Bundesrat Willi Ritschard, der das Atomprogramm in den 70er Jahren verteidigen musste, das von der Parteibasis zunehmend bekämpft wurde. Am deutlichsten kam die atomenergiepolitische Spaltung in der Auseinandersetzung über die Initiative «zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen» zum Ausdruck, als die SPS die Unterstützung des Begehrens beschloss, während «ihr» Bundesrat sie an vorderster Front bekämpfte.<sup>15</sup>

## **Ausstieg aus der Atomenergie**

Eine neuerliche Wende erlebte die Energiepolitik im April 1986, als sich im Block 4 des Kernkraftwerkes im sowjetischen Tschernobyl der bisher schwerste und folgenreichste Störfall in einer Nuklearanlage ereignete. Die beträchtliche Freisetzung von radioaktiver Strahlung führte zu einem starken Imageverlust der Atomenergie. Für die SP Schweiz war nunmehr klar, dass «die angemessene Antwort auf den ersten grossen GAU in der zivilen Atomgeschichte und eine weltweite Verseuchung nur in der Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie bestehen kann.»<sup>16</sup> Mit deutlicher Mehr-

<sup>14</sup> Protokoll über die Verhandlungen des ordentlichen Parteitags der SP Schweiz vom 23./24.6.1979.

<sup>15</sup> Die sog. «Atomschutzinitiative» wurde im Februar 1979 knapp – mit 51% der Stimmen – abgelehnt.

<sup>16</sup> Geschäftsbericht der SP Schweiz 1982/1983.

heit beschloss der Parteitag vom Juni 1986 die Lancierung der Initiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie», die sowohl den Verzicht auf den Bau neuer Atomanlagen als auch die Stilllegung bereits bestehender verlangte. Parallel dazu unterstützte die SPS die bereits angelauene Moratoriumsinitiative, die einen zehnjährigen Bau- und Bewilligungsstopp neuer Atomanlagen verlangte.<sup>17</sup>

Die «Ausstiegsinitiative» markierte einen vorläufigen Schlusspunkt in der Auseinandersetzung der SP Schweiz zu einem der umstrittensten Themen der 70er und 80er Jahre. Mit der Verschärfung ihrer

<sup>17</sup>Während die Moratoriumsinitiative im September 1991 klar angenommen wurde, scheiterte die Ausstiegsinitiative mit 53% der Stimmen.

Haltung von der grundsätzlichen Ablehnung von Atomkraftwerken zu einem planmässigen Ausstieg aus der Atomenergie schlug sie den Kurs ein, den sie heute noch verfolgt und positionierte sich damit als eine der wichtigsten politischen Gegnerinnen der zivilen Nutzung der Atomenergie.

Leyla Gül, Jg. 1974, ist politische Sekretärin der SP Stadt und Region Bern. Sie hat das Studium in Neuster Schweizer Geschichte 2002 zum Thema «Die Atomenergiepolitik der Sozialdemokratischen Parteien Aargau und Baselland von 1969 bis 1986» abgeschlossen.